

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 58 (1966)

Heft: 1

Artikel: John F. Kennedy : zwei Jahre später

Autor: Bloch, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1913 kostete ein Anzug 75 Arbeitsstunden, jetzt dem Durchschnittslohn nach zwanzig. Damals verschlangen die Miete, die Kleidung und Verpflegung der Familie, einschließlich Getränke und Tabak, praktisch den ganzen Lohn. Heute sind Auto, Fernsehapparat, Waschmaschine und Kühlschrank eine Selbstverständlichkeit. 62 Prozent der amerikanischen Arbeiter besitzen eigene Häuser. Seit 1939 ist trotz der großen Preissteigerung die Kaufkraft der Löhne um zwei Dritteln gestiegen, zwischen 1947 und 1962 allein um 32 Prozent. Mit Recht können die amerikanischen Gewerkschaften darauf hinweisen, daß ohne ihre Stärke und ihre Verhandlungskunst ein solches Resultat auch nicht annähernd erreichbar gewesen wäre.

Alfred Joachim Fischer, London

John F. Kennedy – zwei Jahre später

Entrüstung und Schmerz über die Ermordung des jugendlichen Präsidenten sind geblieben; aber nach zwei Jahren ist die durch die Bluttat von Dallas ausgelöste unmittelbare Erschütterung hinter dem wachsenden Bemühen um die historische Abschätzung der Gestalt und ihrer Rolle zurückgetreten. Was erhielt sich von der kurzen Präsidentschaft John F. Kennedys; und wie sieht Amerika ihn heute?

Er läßt fast niemanden gleichgültig. Von den über ihn bereits geschriebenen Büchern verdienen wohl die seiner Mitarbeiter *Theodore C. Sorensen* und *Professor Arthur M. Schlesinger Jr.*¹ besondere Beachtung und werden auch am meisten erörtert, obgleich von Schlesingers Werk erst die in der Zeitschrift «Life» veröffentlichten Auszüge vorliegen. Sorensen sagt in seinem sachlich auf Wesentliches gerichteten, eher etwas verhaltenen und um so überzeugenderen Buche: Kennedys Leben, nicht sein Tod, schuf seine Größe. Hier liegt der Kern einer gerechten Betrachtung: John F. Kennedy war ein großer Mann und wurde es nicht erst durch die verhängnisvollen Schüsse des 22. November 1963.

Sorensen warnt vor einer Vernebelung der historischen Wahrheit über Kennedys Wesen und Wirken durch den «Mythos», der seinem

¹ Schlesinger gehörte im Gegensatz zu Sorensen nicht zu den engsten Beratern des Präsidenten: Bei der Kuba-Krise von 1962 war Sorensen Mitglied des «Exekutivkomitees» (des Sicherheitsrates) und hatte eine Stimme bei den schicksalsschweren Beratungen, Schlesinger aber nicht; er wurde von der wirklichen Lage erst nach Kennedys Entscheidung (der Blockadetaktik) durch Botschafter Adlai Stevenson unterrichtet.

Märtyrertum entspringe. Dabei scheint er indes Legende und Mythos gleichzusetzen. Die Kennedy-Legende wird tatsächlich ihrem Helden nicht gerecht, weil sie hauptsächlich auf seinem Tode und nicht genügend auf seinem Denken und Tun beruht. Den Begriff des *Mythos* fasse ich dagegen als etwas anderes auf: Der Kennedy-Mythos ist das verdichtete Bild, die Synthese des Eindrucks, den er im Volke hervorrief; ist die Erinnerung des Volkes; und mag diese auch (nicht zuletzt im Hinblick auf seinen allzufrühen, gewaltsamen Tod) das Element eines Kollektiv-Dichterischen tragen, so enthält sie (wie echte Dichtung) profunde Wahrheit. Wenn wir die Worte Legende und Mythos nicht wie Sorensen im gleichen Sinne gebrauchen, dann vermögen wir im Kennedy-Mythos den Niederschlag eines staatsmännischen Wirkens zu erkennen.

Die amerikanischen *Arbeiter* beurteilen den Präsidenten Kennedy nicht nach einzelnen Irrtümern, taktischen Fehlschlägen oder der Nichtvollendung seines Werkes in den tausend Tagen, sondern auf Grund des neuen Geistes, den er nach Washington brachte, auf Grund seines aufrichtigen Reformwillens, seines Mutes (auch gegenüber dem Großkapital), seiner edlen Gesinnung, seines Angriffs auf alte Vorurteile, seiner Friedenspolitik, seiner Gewerkschaftsfreundlichkeit². (Von der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschafter wurde die juristische Aktion der Regierung gegen *James Hoffa*, den Vorsitzenden der Lastwagenfahrergewerkschaft, richtig als eine Maßnahme gegen Korruption zum Schutz der Arbeiter und der Öffentlichkeit und nicht etwa als Anfang einer Offensive zur Schwächung der Gewerkschaften gedeutet.) Die Arbeiter verstanden auch Kennedys Ankündigung bei seinem Amtsantritt, daß die von ihm beabsichtigten Wandlungen nicht so schnell auszuführen seien; daß es sich vielmehr um einen tiefschürfenden, längern Vorgang handeln werde. Doch gleich verspürte man unter Kennedy eine deutliche kulturelle, soziale und bald eine außenpolitische Neuorientierung. Daß er neue Bahnen beschritt und daß er das geistige Klima der Nation änderte, das eben ist John F. Kennedys eigentliche Leistung. Eine große Hoffnung eröffnend, so vor allem ist er in den Mythos eingegangen; und es war tatsächlich kein flüchtiges Phänomen; denn die Hoffnung und die aus ihr stammenden Forderungen hat er gekräftigt und als lebendiges Erbe hinterlassen. Die jugendliche Strahlung, die Frühlingsstimmung, sie gehören untrennbar zum Bilde des Präsidenten, für das amerikanische Volk und für die Welt.

«The New Frontier» – die *neue Grenze* – hieß das Schlagwort der Kennedy-Regierung. Die alte Grenze war im 19. Jahrhundert Ame-

² Zu seinem Arbeitsminister ernannte er Arthur Goldberg, bis dahin Rechtsberater des AFL-CIO-Gewerkschaftsbundes. (Jetzt USA-Botschafter bei den Vereinten Nationen.)

rikas Erschließung des Westens, das Vorrücken zum Stillen Ozean. Die neue sollte dem Vorrücken zu einer besseren sozialen Ordnung, der kulturellen und wissenschaftlichen Entfaltung, der Weltraumfahrt vorschweben, Ausdruck eines neuen Pioniergefühls sein, das an den einstigen Aufbruch nach der Grenze und ihre Vorverlegung anknüpfte, aber diesmal keine territoriale Erweiterung bezweckte. Natürlich waren für die «neue Grenze» auch das Friedenskorps zur Hilfe an Entwicklungsländer und die «Allianz für den Fortschritt» mit Lateinamerika bezeichnend.

Papst Paul VI. zitierte in seiner denkwürdigen Friedensrede vor den Vereinten Nationen John F. Kennedys Worte: «Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende bereiten, oder der Krieg wird der Menschheit ein Ende bereiten.» Die Nennung des «großen dahingeschiedenen John Kennedy» in der Ansprache war sehr bedeutsam. Gerade als *Mann des Friedens* lebt er im Bewußtsein der Völker. Sorensen bemerkt treffend, der Präsident habe den Kalten Krieg abdämpfen statt «gewinnen» wollen; und er berichtet, Kennedy habe für eine zweite Amtsperiode (nach der zu erwartenden Wiederwahl im Jahre 1964) u. a. die Behandlung des außenpolitischen Problems Rotchina in Aussicht genommen sowie neue Rüstungsbeschränkungen, eine neue West-Ost-Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, zum Beispiel in der Weltraumforschung, neue Vorschläge in der Frage Berlins und gesteigerten Handel und Kontakte mit Osteuropa. Sorensen gehörte zur unmittelbaren Umgebung des Präsidenten. Es besteht kein Zweifel über Kennedys Pläne, in der Sache des Friedens stetig und entschieden, aber auch mit Geduld vorzuschreiten. Doch sein Ruhm als Staatsmann des Friedens gründet sich natürlich in erster Linie auf das von ihm Erreichte. Er brachte Chruschtschew zur Entfernung sowjetischer Fernraketen aus Kuba, die drohend auf die USA gerichtet waren, manövrierte in der Kuba-Krise von 1962 so geschickt, daß die UdSSR zu einem scharfen Rückzieher genötigt, der Ausbruch eines Atomkrieges verhindert, ein gewisses Gleichgewicht wiederhergestellt wurde. Und der erste, äußerst wichtige Schritt zur Bannung der Atomgefahr bestand in dem Abkommen zur Unterbindung der atomaren Versuchsexplosionen (außer den unterirdischen), hätten die Atomversuche doch Gesundheit und Leben nicht nur von Menschen der gegenwärtigen, sondern vor allem der kommenden Generationen aufs schwerste schädigen können.

Der kubanische Invasionsversuch von 1961 war ein Fehler und Fehlschlag gewesen. Aber kluge Menschen lernen aus Fehlern und Mißerfolgen. Kennedy wuchs durch diese Erfahrung als Staatsmann. Und er versuchte nie, der Verantwortung aus dem Wege zu gehen. Wenn übrigens heute Arthur M. Schlesinger beschreibt, wie nach dem Scheitern jenes Unternehmens der Präsident schließlich im Schlafzimmer im Weißen Haus «fast» (?) geschluchzt und dann

seine Gattin in die Arme genommen habe, so darf man wohl fragen, ob Schlesinger unter dem Bett versteckt war und zuschaute – oder vielleicht durchs Schlüsselloch guckte? ... Der Professor hat sein Buch außerdem mit vertraulichen Angaben über Politiker und hohe Regierungsbeamte gepfeffert, die noch immer verantwortliche Positionen in Washington innehaben. Schlesingers geschwätzige *Sensationsmacherei* erschwert die ohnehin nicht leichte Aufgabe früherer Mitarbeiter Kennedys, ohne als Geschichtsquelle die so viel diskretere, Namensnennungen oft vermeidende Darstellung Sorensens je zu überbieten. Schlesinger will aus seinem Anteil an den Kennedy-Jahren zu gierig publizistisches Kapital schlagen; Sorensen dagegen geht es um die geschichtlichen Ereignisse und ihre Ursachen und um Kennedys Einfluß auf das Geschehen. Andere in Verlegenheit zu bringen, daran war Sorensen nicht interessiert.

Schlesinger betont, wie sorgfältig Kennedy vor seinem Amtsantritt seine Regierung vorbereitete und wie er trotzdem nicht immer Männer fand, die ihren Posten zu seiner vollen Zufriedenheit ausfüllten. Eigentlich ist das gar nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, wie tief Amerikas politisches Niveau in der Aera Truman-McCarthy gesunken war, wie unter Eisenhower die Mittelmäßigkeit herrschte und wie gering die Zahl neuer politischer Begabungen ersten Ranges erscheinen mußte. Existieren mochten sie hie und da; aber nach einer Periode des entmutigenden Konformismus waren sie nicht leicht zu finden, wagten sich kaum hervor. Sorensen erinnert uns daran, daß Kennedy in einer Zeit der Gleichgültigkeit *das Ausgezeichnete* vertrat, Hoffnung in einer Zeit der Zweifel, daß er den Dienst an der Gesamtheit über Privatinteressen stellte, für Versöhnung eintrat zwischen Ost und West, schwarz und weiß, Arbeitern und Unternehmern. Gemeint ist Versöhnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Vernunft und Menschlichkeit. Ihm mißfiel (Schlesinger zufolge) die Haltung des zwar aus dem Volke stammenden, aber volksfremd gewordenen Eisenhower, der nicht etwa den Verkehr seiner alten Kriegskameraden, sondern nur den der Millionäre suchte. Kennedy zog, zusammen mit seiner Frau Jacqueline, Menschen der geistigen oder künstlerischen Höchstleistung heran. Mit John und Jacqueline Kennedy hielten ein neuer Ton, ein neuer Stil ihren Einzug ins Weiße Haus.

Es war plötzlich ein Präsident da, der nicht den Konformismus, die Angst vor der abweichenden Meinung, die bloße Karrieremachelei begünstigte. Die kulturfeindliche Strömung der vierziger und fünfziger Jahre war vorbei. Die Familie Kennedy hat nie geistige Scheuklappen getragen. Der Vater des Präsidenten, Botschafter *Joseph P. Kennedy*, ein Multimillionär von weit konservativerer Ge- sinnung, hatte gewollt, daß John in London bei dem *Sozialisten* Professor Harold Lasky studiere ...

Bei der Feier seines Amtsantritts ließ John F. Kennedy von dem berühmten amerikanischen Dichter Robert Frost, mit dem er befreundet war, ein dazu verfaßtes Gedicht vorlesen. Kein anderer amerikanischer Präsident war je auf eine solche Idee gekommen. Es war der Beginn einer neuen Richtung. Einen Höhepunkt der Manifestationen Kennedys zur *Kulturförderung* bildete Pablos Casals' Konzert im Weißen Haus am 13. November 1961. Die Bedeutung der Einladung an Casals und des einzigartigen Festaktes wurde sogleich weithin verstanden. Der Freundschaftsbund zwischen dem jungen Präsidenten und dem jugendlichen, an Jahren reichen Genius der Musik stand im Zeichen nicht allein der Kunsthpflege an sich, sondern der Aktion für Freiheit und Frieden, die ihnen beiden am Herzen lag. Kennedy sagte: «Wir müssen künstlerische Leistung und Aktion als einen dazugehörigen Teil unserer freien Gesellschaft erachten.» Zum ersten Male setzte sich in amerikanischen Regierungskreisen ein Bewußtsein der moralischen Verpflichtung des Staates zur Unterstützung und Ermutigung, nicht Ueberwachung, des Kulturlebens durch, das vorher fast ausschließlich vom Wohlwollen reicher Leute und von privaten Vereinigungen abhing. Präsident *Franklin D. Roosevelt* hatte in den dreißiger Jahren ein fruchtbare Programm der öffentlichen Aufträge an Künstler ermöglicht, um ihnen über die Folgen der Wirtschaftskrise hinwegzuhelfen. Das Projekt war freilich nur ein zeitweises; und Roosevelt handelte nicht aus Kunstbegeisterung, sondern aus sozialen Gründen. Das gesamte Geistes- und öffentliche Leben Amerikas wurde von einem schweren Uebel geheilt, als unter Kennedy die anti-«rote» «Hexenjagd» der vierziger und fünfziger Jahre von seiten der Regierung aufhörte. Abgeebbt war sie schon unter Eisenhower nach dem schließlichen Scheitern Senator Joseph McCarthys. Aber erst Kennedy – gewiß kein Freund des Kommunismus! – warf das Steuer entscheidend herum und rehabilitierte und ehrte zum Beispiel den vorher verfehlten Atomwissenschaftler Dr. Robert Oppenheimer.

Daß es sich nicht bloß um einen flüchtigen Luftzug handelte, erkenne man daran, daß Präsident Lyndon B. Johnson – noch vor wenigen Jahren weit konservativer als Kennedy und außerdem kein eigentlicher Kunstmäzen – auf dem Gebiet der Kulturpolitik die gleiche Richtung beibehalten hat. Die Luftreinigung war somit dauerhafter gewesen, als man nach den tausend Tagen zunächst hätte annehmen können; und John F. Kennedy brachte in der ihm zur Verfügung stehenden allzu kurzen Zeitspanne doch tiefgreifende Änderungen zustande. Denn Kennedy war ein *Erzieher* seiner Nation. Ein Erzieher im Geistig-Kulturellen, im Sozialen, im Welt-politischen. Ein Erzieher in bezug auf die Haltung des Staatsbürgers. Der Millionär Kennedy lehnte jede Vergottung des Dollars ab und forderte uneigennützige Hingabe an die Gemeinschaft, wie er sie selber der Nation vorlebte. Kräftig trat er der Eigensucht der

profithungrigen Stahlbarone entgegen. Unbeliebtheit beim Unternehmertum fürchtete er nicht. Und nachdem 1946 bis 1960 Amerikas öffentliches Leben an einem erschreckenden Mangel an Zivilcourage gekrankt hatte, stand ein Mann an der Spitze, der den Mut als eine der höchsten Tugenden des Staatsbürgers und gerade des Politikers hervorhob.

«*Profile des Mutes*» (Profiles in Courage) – das ist der Titel des Buches, das Kennedy, als er ernstlich leidend war, als Senator in einer Zeit zusammengeschrumpfter Meinungsbildung und -äußerung verfaßte und in welchem er der Nation mehrere hervorragende Parlamentarier der amerikanischen Geschichte als Muster sittlich-politischen Mutes vor Augen führte und Wesentliches über die Lage des Parlamentariers ganz allgemein und über entscheidungsträchtige Augenblicke der parlamentarischen Geschichte der Vereinigten Staaten auszusagen wußte. Ein Buch, das den Amerikaner und den Nichtamerikaner vieles lehren kann, Bekenntnis zu einem demokratischen Ethos und vollgültiges Geschichtswerk. Dieses Werk Kennedys und sein letztes, das Amerika als eine Nation von Einwanderern beleuchtet, sind noch aufschlußreicher zur Beurteilung seiner Gesinnung als die Bände Sorensens und Schlesingers, und noch lesenswerter.

Amerika als Einwandererland, in welchem es nicht danach gehen darf, wer etwas früher kam, und nicht nach der Nationalität, Rasse oder Religion des Menschen, sondern nur nach seinem Charakter und seinen Fähigkeiten – das ist ein Grundsatz, den John F. Kennedy viel stärker zur Geltung brachte als irgendein Präsident vor ihm. Die erstmalige Erwählung eines Katholiken zum Staatsoberhaupt der USA wurde von allen Minderheiten des Landes als ein Erfolg, als Umwerfung eines alten Vorurteils begrüßt, als ein Fortschritt für alle Minderheiten. Ein hoher Prozentsatz der amerikanischen Arbeiterklasse besteht aus Angehörigen von Minderheitsgruppen: rassischen, wie die Neger und die viel weniger zahlreichen Indianer; religiösen, wie die irischen, italienischen, polnischen Katholiken und die Juden oder auch die Griechisch- und Russisch-Orthodoxen; national-kulturellen, wie die Puertorikaner in Neuyork oder die Mexikaner in Los Angeles und anderen Teilen des Südwestens. Diese Minderheiten überschneiden sich vielfach. Zum Beispiel gehört ein Puertorikaner in Neuyork, wenn er katholisch und farbig ist, drei Minderheiten an... Den Minderheiten, sagte man, habe Kennedy seinen Wahlsieg von 1960 verdankt. Er erschien ihnen durchaus nicht zu Unrecht als ihr Vorkämpfer. Die meisten Neger glaubten ihm. Die Puertorikaner verehren sein Andenken wie das eines Heiligen.

Es ist nur allzu natürlich, daß die reaktionären Kräfte zwei Jahre nach Kennedys Ermordung gegen den Kennedy-Mythos und gegen Kennedys dynamische, hochbegabte Brüder, die Senatoren Robert F.

und Edward Kennedy, agitieren, was sie unmittelbar nach dem Attentat von Dallas nur mit Vorsicht tun konnten. Typische Argumente der Reaktionäre, im republikanischen und auf dem rechten Flügel des demokratischen Lagers, lauten, Kennedy sei in Wirklichkeit ein von seinem Vater finanziert, eiskalter Politiker gewesen, der nichts Konkretes vollbracht habe und dessen Popularität im amerikanischen Volke und im Ausland nur das Produkt einer gewaltigen Propagandamaschine sei... Wahlkampagnen kosten in den USA unheimlich viel Geld; und Kennedy leugnete nie, daß seines Vaters Millionen und Verbindungen ihm sehr nützten. Aber gerade daß er dennoch eine andere politisch-soziale Einstellung hochhielt als sein Vater und daß Botschafter Joseph P. Kennedy dem Sohn bei der Wahlschlacht half, ohne ihm seine eigenen Ansichten aufzwingen zu wollen, gerade das sei zur Ehre der Familie Kennedy unterstrichen. Geld und Einfluß des Vaters Kennedy dienten letzten Endes also dazu, eine Richtung triumphieren zu lassen, welche die Interessen des Unternehmertums keineswegs als oberstes Gesetz des Staates betrachtete... Daß in Kennedy ein warmes Herz schlug, hat er oft genug durch die Tat bewiesen; und sein köstlicher Humor und Witz (gesammelt in einem reizenden Büchlein, das Bill Adler zusammenstellte) waren alles andere als eiskalt. Im Grunde eher schüchtern, enthielt er sich freilich aller demagogischen Mätzchen und hatte auch von der Würde seines Amtes eine zu hohe Meinung, um etwa, wie sein Nachfolger Johnson, den Reportern seine Operationsnarbe zu zeigen... Was er Konkretes vollbracht oder ins Werk gesetzt, habe ich weiter oben anzudeuten versucht. Und die Reaktion unterschätzt die Massen, wenn sie glaubt, Begeisterung könne man nicht nur künstlich erzeugen (dies stimmt zum Teil), sondern auch jahrelang künstlich erhalten. Und die Annahme, die anhaltende Kennedy-Verehrung im Auslande, sei es in Lateinamerika oder Afrika, in Berlin, Großbritannien, Italien oder sogar in Osteuropa, wäre nur das Ergebnis einer teuflisch geschickten Propaganda der Familie Kennedy, ist einfach absurd. So läßt sich die Weltmeinung nicht manipulieren... Schließlich beweist gerade die Anti-Kennedy-Agitation der Reaktionäre, wie empfindlich sie von Präsident Kennedys Aktionen getroffen wurden und von denen seiner Brüder getroffen werden.

Präsident Johnson hat seit 1964 gezeigt, daß er von der Familie Kennedy unabhängig sein will. Zwischen ihm einerseits und den Senatoren Robert und Edward Kennedy anderseits haben sich in einigen wichtigen Fragen Meinungsverschiedenheiten ergeben, die bei aller Deutlichkeit doch auf beiden Seiten mit Zurückhaltung und Höflichkeit behandelt werden. Aber so tief hat sich dem Volksbewußtsein das soziale Programm John F. Kennedys eingeprägt, so nachhaltig seine Kulturförderung sich ausgewirkt, daß Johnson, ein äußerst geschickter Innenpolitiker, die Sozial- und Kulturpolitik

seines Vorgängers weiterführt. Johnsons Anhänger behaupten manchmal, erst dem jetzigen Präsidenten sei es gelungen, Kennedys Sozialprogramm Wirklichkeit werden zu lassen. Sie wollen Johnson das Verdienst daran zuschreiben; und Johnson hat seinerseits behauptet, der Plan der medizinischen Altershilfe («Medicare») gehe gar auf Präsident Truman zurück, der sich zwar zugunsten einer solchen Maßnahme aussprach, aber nie systematisch dafür kämpfte wie Kennedy. Gegenüber derartigen Versuchen, die historische Rolle Kennedys auf sozialem Gebiet zu schmälern, muß darauf hingewiesen werden, daß Kennedy, hätte er gelebt, 1964 wiedergewählt worden wäre – und zwar mit mindestens der gleichen Mehrheit wie Johnson – und daß er dann über die gleiche Mehrheit im Kongreß für seine Gesetzesvorlage verfügt hätte wie dieser. Was ihm ein nicht genügend freundlicher Kongreß in seiner ersten Amtsperiode verwehrte, hätte der fortschrittlichere seiner zweiten Amtsperiode bewilligt. Im übrigen gewährte sogar noch der Kongreß dieser ersten Amtsperiode unter dem Eindruck von Kennedys Ermordung Gesetze, die er vorher hinausgeschoben... Entscheidend ist letzten Endes nicht so sehr die schlaue parlamentarische Routiniertheit Johnsons, die seine Bewunderer so rühmen, sondern Kennedy unbeirrbares Eintreten für seine sozialen Forderungen. Als der Kongreß Kennedys «Medicare»-Vorschlag nicht annehmen wollte, die reaktionäre Aerztevereinigung keine Ausgabe scheute, um den Gedanken der medizinischen Altersversorgung durch das System der Bundes-Altersversicherung («Sozial Security») zu verleumden, alle Fanatiker des ewig Gestrigen gegen «Medicare» Sturm liefen, obwohl der Gesetzesvorschlag hinter entsprechenden Gesetzen europäischer Länder zurückbleibt, da trug John F. Kennedy seinen Kampf ins Volk, hielt eine seiner besten Reden auf einer von den Gewerkschaften einberufenen Massenversammlung im Neuyorker Madison Square Garden am 20. Mai 1962, und fühlte: das amerikanische Volk war dafür. Als Lyndon B. Johnson 1964/65 eine Steuerherabsetzung, ein Gesetz zur Sicherung des Wahlrechts der Neger (und anderer Minderheiten)³, den «Medicare»-Plan und eine Bundes-Kulturhilfe vom Kongreß erlangte, da durfte er ernten, was Kennedy gesät. Johnson wußte sehr wohl, daß die Massen von ihm die Fortsetzung von Kennedys Sozialpolitik erwarteten.

Auch die Fortsetzung von Kennedys Friedenspolitik erhofften sie. Allerdings weicht Johnsons Außenpolitik mehrfach von Kennedys ab und verrät eine geringere Kenntnis anderer Völker. Senator *Robert F. Kennedy*, der frühere Justizminister und engste Mitarbeiter seines Bruders John, hat als dessen politischer Erbe und als Staatsmann in eigenen Rechten u. a. die Besetzung Santo Domingos

³ Für das Wahlrecht der spanischsprechenden USA-Staatsbürger (Puertorikaner usw.) ist Senator Robert F. Kennedy erfolgreich eingetreten.

(ohne vorherige Befragung und Einwilligung der Organisation Amerikanischer Staaten) kritisiert und hat vor allem in einer aufsehen erregenden Senatsrede am 23. Juni 1965 (und seither wieder) vor einer Ausbreitung der nunmehr weniger kostspieligen Atomwaffen als der drohendsten Weltgefahr, dem dringendsten Weltproblem gewarnt, die Unterbindung auch der unterirdischen Atomversuche verlangt, eine gemischte NATO-Atomstreitkraft als ein für die Sowjetunion unannehmbares Hindernis in den Bemühungen um einen Vertrag gegen die Ausbreitung der atomaren Rüstungen abgelehnt und eine Einbeziehung des kommunistischen Chinas in die Verhandlungen als schließlich unerlässlich bezeichnet. Robert F. Kennedy hat eine Einladung nach Südamerika angenommen, wo man über Johnsons Aufgeben von Kennedys verständnisvoller, freiheitlicher, lateinamerikanischer Politik enttäuscht ist, und eine weitere, durch die er in offenem Protest gegen die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung in Südafrika zu einer rassisch gemischten freiheitlichen Organisation sprechen wird. Robert F. Kennedy und sein Bruder Edward weisen offensichtlich den Weg zur Fortführung von John F. Kennedys Werk, auch zum Beispiel in der Hilfe für zurückgebliebene Kinder, für deren Nöte und vielfach mögliche Ausbildung sie der Nation die Augen öffnen.

Ein venezolanischer Sozialist, ein kompromißloser Gegner der USA-Außenpolitik, meinte, als wir von John F. Kennedy sprachen: «Er war ein Genie...» Präsident Kennedy flößte auch Menschen, die in manchen Fragen ganz anders dachten, Hochachtung, ja Sympathie ein, sofern sie ein Empfinden für Größe hatten, so dem ehrwürdigen General Douglas MacArthur. Und die amerikanische Arbeiterschaft begrüßt es, daß ein Staatsmann wie Robert Kennedy die Fackel, die dem unverlierbar jungen Präsidenten in Dallas entglitt, kühn weiterträgt, voran zur «neuen Grenze»...

Peter Bloch, New York.

Das innenpolitische Fazit der ersten zwei Jahre der Regierung Johnson

Als Vizepräsident *Johnson* am 22. November 1963 durch die Ermordung Präsident *Kennedys* Präsident wurde, wurde über zwei bedeutsame Gesetzesvorschläge seines Vorgängers in beiden Häusern des Kongresses lebhaft debattiert. Kennedy hatte im zweiten Jahr seiner Regierung, die er am 20. Januar 1961 angetreten hatte, einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die *Gleichberechtigung der Schwarzen* viel entschiedener, als es bisher geschah, fördern sollte. Mit einer